



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

GEDANKEN ZUR POLITISCHEN ENTWICKLUNG RUSSLANDS

■ ANALYSE		
	25. Jahrestag der »Südtour« Deng Xiao Pings – Über die Geschichte der chinesischen Reformen Andrei Yakovlev, Moskau	2
■ ANALYSE		
	Organische Tradition oder imperiale Herrlichkeit? Widersprüche und Kontinuitäten der russischen Identitätspolitik Viatcheslav Morozov, Tartu	5
■ UMFRAGE		
	Stolz und Scham. Umfragen zu Russlands Vergangenheit und Gegenwart	9
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
	Putinhysterie Jens Siegert, Moskau	12
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
	Villen, Wahlkampf, doppeltes Recht: Zu Nawalnyjs Kampfansage gegen Medwedew Sergey Medvedev, Berlin	15
■ CHRONIK		
	3. – 16. März 2017	18

25. Jahrestag der »Südtour« Deng Xiao Pings – Über die Geschichte der chinesischen Reformen

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Vor 25 Jahren, im Januar und Februar 1992, unternahm Deng Xiao Ping seine so genannte »Südtour« durch die südlichen Provinzen der Volksrepublik China, bei der er mehrfach auf Versammlungen der Parteiorganisationen auftrat. Diese Reise erfolgte ohne Sanktion durch das Politbüro des ZK der KP Chinas und war die letzte politische Handlung Deng Xiao Pings, der zu jener Zeit alle offiziellen Ämter verlassen hatte. Die öffentlichen Auftritte Dengs während dieser Reise verschoben die Gewichte in den Eliten Chinas zugunsten einer Fortsetzung der Politik wirtschaftlicher Modernisierung, die nach der Unterdrückung der Studentenproteste auf dem Platz des Tien An Men im Juni 1989 und der drastischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den entwickelten Ländern in Frage gestellt worden war. Eine Analyse der Ereignisse, die der »Südtour« vorausgingen, lässt interessante Analogien zum Russland nach 2011 erkennen.

Die Reformen in China bis 1989, die Ereignisse auf dem Tien An Men-Platz und die Reaktion der Parteilite

Unter Wirtschaftswissenschaftlern herrscht verbreitet die Ansicht, dass der Erfolg Chinas in erheblichem Maße darauf zurückzuführen ist, dass die Kommunistische Partei sich für Experimente in der Wirtschaft entschied und auf politische Reformen verzichtete. Dieser Ansatz bedeutete eine Vereinfachung der Realität. Einerseits basierte das chinesische Wirtschaftswachstum der ersten 15 Reformjahre in der Tat auf absolut ungewöhnlichen Institutionen, etwa den »Dorfunternehmen« (eng.: »Township and Village Enterprise« (TVE); chin.: Xiangzhen Qiye), die in keine der seinerzeit bestehenden Theorien passten. Erst sehr viel später, nach 10–15 Jahren, wurden von der Forschung Erklärungen vorgelegt, auf welche Weise diese »Industrie-Kolchosen« – ohne Privateigentum und bei einem Fehlen unabhängiger Gerichte – zur Grundlage für das stürmische Wirtschaftswachstum werden konnten. Das entscheidende Moment war in diesem Zusammenhang die historisch gewachsene Autonomie der Regionen und das diesen von der Zentralregierung garantierte Recht auf ein »Resteinkommen« aus der Tätigkeit der Unternehmen auf ihrem Territorium – nach Abzug einer zuvor mit der Zentralregierung abgesprochenen Steuersumme.

Im Grunde bestand in der Volksrepublik China seit 1979 ein System, das dem Instrument des *prodnaolog* [feste Naturalsteuer] im sowjetischen Russland während der »Neuen Ökonomischen Politik« Anfang der 1920er Jahre ähnelte. Während aber bei uns ein solches Instrument nur bei den Beziehungen zwischen Regierung und den Bauernwirtschaften eingesetzt wurde, regulierte dieses Instrument in der Volksrepublik der 1980er Jahre die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den Regionen. Es war eben dieses »Resteinkommen«, das bei

den Regionalverwaltungen für Anreize sorgte, um vor Ort neue »Dorfunternehmen« zu schaffen und das Produktionsvolumen zu erhöhen (mit einer Orientierung vor allem auf den Binnenmarkt, auf dem wie in der UdSSR ein Mangel an den einfachsten Gütern herrschte), und um Konflikte zwischen Lieferanten und Konsumenten zu regulieren. Dabei arbeiteten die großen Industrieunternehmen, die der Zentralregierung unterstanden, im gewohnten Modus weiter. Dadurch blieben den alten Eliten die Quellen ihrer Renten erhalten, wodurch es wiederum weniger Anreize gab, sich den Reformen zu widersetzen.

Andererseits vollzog sich im China der 1980er Jahre nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Wandel. Unter anderem erfolgte – wie auch in der UdSSR – eine Aufweichung des politischen Regimes, mit einer breiten Rehabilitierung derjenigen, die während der »Kulturrevolution« Opfer von Repressionen geworden waren, mit einer relativen Liberalisierung der Medien und einer Ermutigung zu öffentlicher Kritik an Staats- und Parteifunktionären, und zwar unter Einsatz von sogenannten »*Da Zi Bao*« (dt.: »Plakate in großen Schriftzeichen«), die an eigens dazu vorgesehenen Orten aufgehängt wurden. Vor diesem Hintergrund sah sich die Kommunistische Partei bereits 1986 Demonstrationen einer großen Zahl Studenten gegenüber, die einen demokratischen Wandel forderten. Diese Forderungen wurden von Angehörigen der Intelligenzija unterstützt. In diesem Zusammenhang ist Fang Li Zhi weithin bekannt geworden, ein Astrophysiker und Professor an der »Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technologie« in Hefei (Provinz Anhui), der später der »chinesische Sacharow« genannt wurde.

Die Antwort auf die Demonstrationen bestand in einer offiziellen Kampagne zum Kampf gegen die »bourgeoise Liberalisierung« im Rahmen der Kommunistischen Partei. Im Verlauf der Kampagne verlor der Refor-

mator Hu Yao Bang seinen Posten als Generalsekretär des ZK der KP. Zwei Jahre später, im April 1989, wurde sein Tod zum Anlass für Massenproteste von Studenten auf dem Platz des Tien An Men, die zum Wendepunkt in der Entwicklung der Reformen in China wurden.

Diese Proteste, die vor dem Hintergrund der Perestroika in der UdSSR stattfanden, erzeugten an der Spitze der chinesischen Elite Angst, die Kontrolle über die Lage im Land zu verlieren, und sie führten zu einer Spaltung in der obersten Parteiführung. Insbesondere der Generalsekretär des ZK der KP, Zhao Zi Yang, sprach sich für Verhandlungen mit den Studenten aus. Er war bereit, einige der von den Studenten vorgeschlagenen Reformen umzusetzen. Die konservative Mehrheit in der politischen Führung der KP trat jedoch für eine gewaltsame Lösung des Problems ein.

In der Folge wurde Zhao Zi Yang am 20. Mai 1989 seines Amtes enthoben und unter Hausarrest gestellt (der bis zu seinem Tod 2005 andauerte), und am 4. Juni 1989 wurden die Studentenproteste unter Einsatz der Armee und mit Panzern zerschlagen. Es folgten eine drastische Abkühlung der Beziehungen der Volksrepublik zu den USA sowie Sanktionen des Westens gegen die Volksrepublik. Gleichzeitig kam es innerhalb der chinesischen Elite zu einem Konflikt über die Frage, was nun weiter zu tun sei.

Angesichts der Proteste waren Angehörige der obersten politischen Elite geneigt, zu den »Ursprüngen« zurückzukehren und den Prinzipien zu folgen, die der »Große Vorsitzende« Mao verkündet hatte. Obwohl den konservativen Dogmatikern viele »Pragmatiker« aus den regionalen Führungsriege gegenüberstanden (vor allem jene, die zu den Gewinnern der Reformen der 1980er Jahre gehörten), herrschte das Empfinden vor, dass eine neue Frostperiode bevorstand und alles wieder zurück in die Vergangenheit abgeleitet.

Unter diesen Bedingungen hatte der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Herbst 1992 eine Politik der Fortführung, oder eben einen Kurswechsel der Partei zu beschließen. Der misslungene Putschversuch des »Staatskomitees für den Ausnahmezustand« (GKTschP) im August 1991 und der Zerfall der UdSSR im Dezember des gleichen Jahres hatten aber in der Führung der KP Chinas erhebliche Befürchtungen ausgelöst und die Positionen von Vertretern des »linken Flügels« gestärkt. Diese vertraten die Ansicht, dass ein Programm der »friedlichen Evolution« und der »Entlehnung von Elementen des Kapitalismus« (das in der Logik des bekannten Ausspruchs von Deng Xiao Ping umzusetzen wäre, dem zufolge unwichtig ist, welche Farbe eine Katze hat, solange sie Mäuse fängt) in einen Positionsverlust der KP münden würde. Die Wirtschaftssozialzonen seien deshalb aufzulösen und Vertreter des Reformatorien-Lagers aus der Partei auszuschließen. Für Deng Xiao Ping hätte eine Anerkennung dieser Positionen als offizieller Kurs der KP nicht

nur eine politische Niederlage bedeutet (von denen es in seinem Leben eine ganze Reihe gegeben hatte) – er wäre als Verlierer in die Geschichte eingegangen.

Das Vorgehen Dengs und die Folgen

Der Faktor, der letztendlich das Kräftegewicht in der Elite verschob, war dann die Reise von Deng Xiao Ping durch die südlichen Provinzen der Volksrepublik, die er im Januar und Februar 1992 mit Auftritten vor den Parteiorganisationen unternahm, seine so genannte »Südtour«. Bemerkenswert ist hier, dass Deng zu jener Zeit bereits 87 Jahre alt war und keinerlei offiziellen Posten mehr innehatte. Darüber hinaus hatte Deng Xiao Ping hinter der Entscheidung gestanden, Zhao Zi Yang abzulösen, die Proteste auf dem Platz des Tien An Men zu unterdrücken und auf weitere politische Reformen zu verzichten. Dessen ungeachtet erklärte er auf dieser Tour, dass angesichts des feindlichen Drucks von außen die Modernisierung voranzutreiben sei und weiter eine Reform der Volkswirtschaft betrieben werden müsse – seine Argumente zeitigten ihre Wirkung.

Mitte der 1990er Jahre verabschiedete die chinesische Führung ein neues Reformpaket, das in der Einführung marktwirtschaftlicher Institutionen mündete. Diese Reformen wurden nicht allein als notwendige Reaktion auf die politische Krise von 1989 und den Druck von außen angestoßen. In nicht geringem Maße waren diese Reformen auch dadurch begründet, dass die Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung allein auf Basis der »Dorfunternehmen« erschöpft waren. Diese »Industrie-Kolchosen« konnten zwar die Produktion einfacher Waren und eine entsprechende Sättigung des Binnenmarktes bewerkstelligen, aber zur Herstellung komplexer Erzeugnisse und für eine Hinwendung auf die Exportmärkte waren besser angepasste Formen wirtschaftlicher Tätigkeit vonnöten, die sich auf private Initiative und Privateigentum stützen.

Das schleunige Wirtschaftswachstum der 1980er Jahre hatte darüber hinaus zu verstärkter Ungleichheit zwischen den Regionen wie auch zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen geführt. Die dadurch entstandenen sozialen Spannungen waren einer der Gründe für die Proteste: Auf den Platz des Tien An Men zogen 1989 nicht nur Studenten, sondern auch Arbeiter, die gegen Korruption bei Staatsfunktionären protestierten und eine Rückkehr zum Prinzip der sozialen Gerechtigkeit forderten. Als man sich dieser Umstände bewusst wurde, führte dies zu einem neuen Modell der Beziehungen zwischen Zentralregierung und den Regionen, wobei im Rahmen der Steuerreform von 1994 die Einnahmen zu Gunsten der Zentralregierung neu verteilt wurden (während in den 1980er Jahren die Steuereinnahmen noch zu 75 Prozent in den Regionen blieben, so ging

dieser Anteil bis zu den 2000er Jahren auf 40 Prozent zurück). Mit eben diesen Mitteln wurden im Weiteren die steigenden Ausgaben für Wissenschaft und Bildung, zur Entwicklung der Infrastruktur und für Investitionen in schwächer entwickelte Regionen finanziert.

Dass den stärker entwickelten Regionen Renten genommen wurden, hätte nun zu heftigen Spannungen – und zwar auch in den Eliten – führen können. Das warf die Frage nach Kompensationen auf, die dann auch in der Tat angeboten wurden: Es wurde mit einer Privatisierung der »Dorfunternehmen« begonnen, die in die Zuständigkeit der Regionen fiel. Die privatisierten Unternehmen, die häufig in Verbindung mit den regionalen Eliten standen und sich auf administrative Ressourcen stützten, hielten nun allmählich in neue Branchen und auf ausländischen Märkten Einzug, was für die Eliten neue Rentenquellen schuf.

In den 1990er Jahren begann auch der Prozess einer Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Investoren (zuvor waren diese nur in die Sonderwirtschaftszonen gelassen worden). Angesichts der Dimensionen des Landes führte das zu einem massiven Investitionsfluss und einer Nachfrage nach Anlagevermögen, auch nach Grund und Boden. Die Privatisierung von Grundstücken in den Städten wurde zu einer weiteren Rentenquelle für die regionalen Eliten. Ein ähnlicher Effekt ergab sich aus dem Umstand, dass auf Provinzebene die Gründung regionaler Banken zugelassen wurde (in den 1980er Jahren hatten alle Banken der Zentralregierung unterstanden).

Zweifelloos ist zu beachten, dass die chinesischen Institutionen der 1990er und 2000er Jahre bei aller äußeren Ähnlichkeit mit den üblichen Ansätzen für Wirtschaftsreformen (Privatisierung, Liberalisierung des Außenhandels, Anreize für Investoren, Entwicklung eines Finanzsektors) erhebliche Besonderheiten aufwiesen. Die grundlegenden Infrastrukturbranchen (Verkehr, Energie) verblieben im Besitz des Staates und die von der Regierung für diese Leistungen festgesetzten Tarife sind in vielerlei Hinsicht bis heute Voraussetzung für den Erfolg von Unternehmen anderer Branchen. Die Finanzierung der Unternehmen erfolgt über Banken, die weiterhin staatlich blieben und die Rolle des Wertpapiermarktes ist insgesamt marginal. Der Wertpapiermarkt ist – wie das ganze Finanzsystem – im Grunde für ausländische Investoren gesperrt und bleibt ungeachtet des Umsatzvolumens weiterhin vor allem ein Ort für spekulative Jonglage (ähnlich wie Mitte der 1990er Jahre das Schneeballsystem von »MMM« in Russland). In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass der Kursverfall von 30 Prozent auf dem Wertpapiermarkt der Volksrepublik, der im Sommer 2015 erfolgte und von Verhaftungen von Brokern begleitet wurde, praktisch keinerlei Einfluss auf den Zustand der Realwirtschaft hatte.

Mögliche Lehren für Russland heute

Was hat das alles mit dem Russland von heute zu tun? 1989 hat sich in der Volksrepublik China eine Situation ergeben, in der den Eliten, die sich erheblichen, vor allem politischen Herausforderungen gegenüberstehen, bewusst wurde, dass sie die Macht verlieren könnten. Ihre erste Reaktion war die brutale Unterdrückung der Proteste und der Opposition. Die zweite Herausforderung war sehr viel schwierigerer Natur: Sie mussten sich darüber klar werden, wie angesichts der Sanktionen und des Drucks von außen die Entwicklung der Volkswirtschaft gewährleistet werden könnte. Sie waren in der Lage – von den eigenen, kollektiven und langfristigen Interessen ausgehend – eine Antwort auf diese Herausforderung zu gestalten, indem sie eine Reihe außergewöhnlicher Entscheidungen trafen.

Die Krise von 2008/09 zeigte, dass das Potential dieser Entscheidungen, die Mitte der 1990er Jahre umgesetzt wurden, sich bereits erschöpft hatte und die chinesische Elite über ein neues Wachstumsmodell nachdenken muss. Für Russland aber ist entscheidender, dass die chinesischen Eliten Anfang der 1990er Jahre zu Verhandlungen in der Lage waren und sich für Reformen entschieden. Sie haben es geschafft, ihre gegenseitigen Ansprüche zu beschränken und sich auf neue Spielregeln zu einigen, unter anderem auf einen »erweiterten Zugang« für neue Akteure. Äußerst wichtig waren in diesem Zusammenhang die Korrekturen, die Anfang der 2000er Jahre in der Verfassung der Volksrepublik und der Satzung der KP Chinas vorgenommen wurden: Privateigentum wurde anerkannt und Unternehmer wurden als Parteimitglieder zugelassen.

Es ist unschwer zu erkennen, dass zwischen der Situation in China 1990–1992 und der in Russland heute gewisse Ähnlichkeiten bestehen. In beiden Fällen haben die herrschenden Eliten angesichts des Risikos einer politischen Destabilisierung strikte Maßnahmen zur Unterdrückung von Opposition unternommen, so dass innerhalb kurzer Zeit keine politischen Konkurrenten des Regimes mehr vorhanden waren. Beide Länder fanden sich danach in einer beträchtlichen internationalen Isolation wieder. In beiden Fällen ist darüber hinaus deutlich geworden, dass das bisherige Entwicklungsmodell keine Möglichkeiten mehr bietet.

Für die chinesische Elite erwies sich die frische Erinnerung an das Chaos und die Exzesse der »Kulturrevolution« als Voraussetzung für die Suche nach Kompromissen. Bei allen Treuebekundungen für »Maos Ideale« wollte Anfang der 1990er Jahre niemand tatsächlich zu den 1970er Jahren zurückkehren – wie auch in Russland heute kein Politiker mit gesundem Menschenverstand an eine Rückkehr zur UdSSR denkt.

Allerdings liegen auch Unterschiede auf der Hand. Die westlichen Sanktionen gegen Russland erfolgten

nicht wegen der Unterdrückung von Protesten, sondern wegen der Ereignisse 2014 auf der Krim und in der Ostukraine. Daher sind sie sehr viel härterer Natur und die Isolation Russlands dürfte eindeutig sehr viel länger andauern. Während für die Volksrepublik China die Strategie eines weiteren Wandels – mit der Konzentration auf eine Integration in die globalen Märkte und das Setzen auf billige Arbeitskräfte als klarer Wettbewerbsvorteil – klar war, so ist für Russland eine mögliche Strategie nicht abzusehen. Darüber hinaus waren die Entscheidungen, die in China umgesetzt wurden, ungewöhnlich, da sie nicht nur Märkte aufbauten, sondern auch den Eliten neue Rentenquellen eröffneten. Russland steht heute vor einer ähnlichen Aufgabe, nämlich nach außergewöhnlichen Institutionen zu suchen, die einerseits Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung und andererseits auch Anreize für die Eliten bieten.

Schließlich ist die Elite in Russland weitaus weniger konsolidiert und vielfältiger als in China. Dort wur-

den die Konflikte innerhalb der Elite Anfang der 1990er Jahre im Rahmen der Kommunistischen Partei und über die hierzu entstandenen Mechanismen entschieden. In Russland fehlen im Grunde derzeit solche Mechanismen: Bei aller Fülle formaler Institutionen, die lediglich als »politische Dekoration« dienen, fehlen Kommunikationsplattformen für die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Elite.

Dennoch, trotz all dieser Unterschiede, sind die Erfahrungen Chinas Anfang der 1990er Jahre als Beispiel für eine strategische Entscheidung, die die Elite des Landes angesichts äußerer Bedrohung und des Fehlens eines klaren politischen Druckes in China selbst getroffen hat, sehr lehrreich. Die Frage ist nur, ob die Elite Russlands handlungsfähig genug ist, um eine solche strategische Entscheidung zu treffen und ungewöhnliche institutionelle Lösungen zu finden, die den Realien in Russland angemessen wären.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts für Industrie- und Marktstudien der »Higher School of Economics« (HSE)

Lesetipp:

Zhao S.: Deng Xiaoping's southern tour: Elite politics in post-Tiananmen China. in: Asian Survey, 33. 1993, Nr. 8, S. 739–756.

ANALYSE

Organische Tradition oder imperiale Herrlichkeit? Widersprüche und Kontinuitäten der russischen Identitätspolitik

Viatcheslav Morozov, Tartu

Zusammenfassung

Die russische Identitätspolitik und – in einem weiter gefassten Sinne – die Entwicklung des Landes in moderner Zeit sind durch zwei grundlegende Trennungen bestimmt gewesen, und zwar zwischen der Elite des Reiches und der großen Masse der Bauern einerseits, sowie zwischen Russland und Europa andererseits. Die gegenwärtige konservative Wende zielt darauf ab, die innere Trennung zu überwinden, indem die Politik des Staates auf das Massenbewusstsein mit dessen vorgeblicher Bevorzugung »traditioneller Werte« abgestimmt wird. Diese Strategie lässt außer Acht, dass Russland heute eine moderne, urbanisierte Gesellschaft ist. Auf lange Sicht dürfte sie die Anstrengungen des Kreml untergraben, einen Status als Großmacht zu erlangen und auch zu konsolidieren.

Neue alte Identitätspolitik

Die gegenwärtige russische Identitätspolitik stellt eine eigentümliche Kombination bekannter Elemente dar. Der offizielle Diskurs betont seit 2012 »traditionelle Werte« und »geistige Klammern« und bezieht sich damit auf eine angenommene genuin russische Kultur und einen russi-

schen Geist, die noch nicht durch jahrhundertlange, westlichende Modernisierung kontaminiert sind. Gleichzeitig beansprucht der russische Staat weiterhin eine Kontinuität zu seinen imperialen Vorgängern, was eine zivilisatorische Mission in Bezug auf die eigene Bevölkerung, aber auch den Status einer Großmacht sowie eine

herausragende Rolle in der Weltpolitik beinhaltet. Die Bedeutung der letzteren Dimension ist durch die Interventionen in der Ukraine und in Syrien verstärkt deutlich geworden, während die hieraus resultierende Konfrontation mit dem Westen die Suche nach dem »wahrhaft russischen« Ich intensivierte. Versuche, das imperialistische Narrativ mit dem traditionalistisch-nativistischen zu verschmelzen, sind nicht völlig neu, waren aber in der Vergangenheit nie sonderlich erfolgreich.

Europäisches Reich oder organische Tradition?

Zur Erfassung der Schwierigkeiten bei der Verbindung unterschiedlicher Identitätsnarrative, ist unbedingt der historische Hintergrund zu betrachten. Die Entwicklung Russlands in neuerer Zeit ist im Grunde durch zwei konstitutive Trennungen bestimmt gewesen, zum einen durch die Kluft zwischen den Eliten des Reiches und der großen Masse der Bauern, sowie andererseits durch jene zwischen Russland und Europa. Dem britischen Historiker Geoffrey Hosking zufolge geht die erste Trennung auf die Teilung in Adel (der in der Armee oder der Bürokratie dem Reich zu dienen hatte) und abgabenpflichtige Bevölkerung zurück. Diese Teilung wurde im 16. und 17. Jahrhundert eingeführt und verfestigte sich unter Peter dem Großen, der die Eliten dazu zwang, europäische Kultur und Bräuche anzunehmen. Wie Alexander Etkind feststellt, hat dies eine tiefe Kluft zwischen den europäisierten, »rasierten« Russen und ihren »bärtigen« Landsleuten entstehen lassen, die so weit ging, dass deren Verhältnis am besten als eines zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten zu beschreiben wäre.

Diese Entwicklungen wurden zu großen Teilen aus sicherheits- und außenpolitischen Überlegungen vorangetrieben. Das Territorium Russlands ist stets verwundbar gegenüber Invasoren gewesen. Der durch technologische und gesellschaftliche Innovation bewirkte Aufstieg Westeuropas erzeugte in Russland das Gefühl einer Blöße auf dieser Flanke. Das schuf Anreize für eine Europäisierung, um zu den fortschrittlichsten Ländern aufzuschließen. Allerdings hat – wie es Leo Trotzki als erster deutlich herausstellte – die geopolitische »Knote der äußeren Notwendigkeit« nicht zu einer behutsamen Transplantation »fortschrittlicher« europäischer Institutionen geführt. Russland folgte nämlich eher einem Muster, das Trotzki als »kombinierte Entwicklung« bezeichnet: Institutionelle Entlehnungen wurden an die Bedürfnisse eines riesigen Reiches angepasst, dessen Aufgabe darin bestand, die diversen Bevölkerungsgruppen zu kontrollieren und Ressourcen für fortgesetzte militärische Anstrengungen zu mobilisieren.

Diese kombinierte Entwicklung, so ließe sich argumentieren, könnte für den Umstand verantwortlich sein, dass Russland nie in der Lage gewesen ist, sich voll-

ständig in den europäischen Kulturraum zu integrieren. Der norwegische Politologe und Sozialanthropologe Iver Neumann hat argumentiert, Westeuropäer in ihrer hegemonialen Position seien stets sehr empfindlich hinsichtlich der Frage gewesen, auf welche Weise andere Länder regiert werden: Russlands autoritäre Regierungsführung sei mit Misstrauen und Verachtung betrachtet und oft als Bedrohung für die gesamte europäische liberale Ordnung dargestellt worden. Die Gründe für dieses Misstrauen lassen sich einfach rekonstruieren, wenn man die gegenwärtige Diskussion über Moskaus subversive Politik gegenüber westlichen Demokratien verfolgt. Das war der Grund für die zweite, oben erwähnte große Kluft, jener zwischen Russland und (dem Rest von) Europa.

Beide Trennlinien haben eine essentielle Bedeutung für die russische Identität. Im Grunde besteht das wichtigste Problem, das Russland seit dem 18. Jahrhundert mit seiner Identität hatte, in der Frage, ob es sich in der Hoffnung, die Unterschiede zu Europa beseitigen zu können, weiter europäisieren sollte, oder ob es dem Westen den Rücken zukehren und die Gesellschaft traditionellen Werten folgend umgestalten sollte. Die Eliten würden dann ihre unnötig raffinierte Kultur aufgeben und den einfacheren Lebensstil der Massen pflegen. Die erste Option ist immer höchst attraktiv gewesen, nicht nur wegen der Chance, als europäische Großmacht voll anerkannt zu werden. Sie stellte auch einen Weg dar, um widerstandsfähige Institutionen zu schaffen, die in der Zivilgesellschaft verankert und somit in der Lage wären, die allmächtige, korrupte Bürokratie zu zügeln. Allerdings barg dies auch Risiken, da eine Mobilisierung von unten die Geschlossenheit eines Reiches bedrohte, in dem ethnische Russen weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellten. Auch die Russen selbst waren überwiegend Bauern, kulturell den Eliten entfremdet und standen im Verdacht, unberechenbar zu sein und zur Rebellion zu neigen. Auch die Eliten waren zunehmend fragmentiert: Das Entstehen einer demokratischen Intelligenzija gegen Mitte des 19. Jahrhunderts bedeutete eine drastische Herausforderung in Bezug auf die Legitimität des Staates, und es bedeutete eine zunehmende Fragmentierung des öffentlichen Raumes in einander feindlich gesonnene Kreise und Gruppierungen.

Der zweite Weg (»mit dem Volk gehen und sich von Europa entfernen«) erschien auf den ersten Blick sicherer, bedeutete aber implizit eine Aufgabe oder zumindest eine Aufschiebung gesellschaftlicher Modernisierung. Diese Zwangslage brachte Russland unter Trotzki's »Knote äußerer Notwendigkeit«. Eine andere, subtilere, aber letztendlich fatalere Schwierigkeit bestand in dem Umstand, dass das Volk im diskursiven und politischen Raum nicht ausreichend repräsentiert war. Die Bauern waren zu großen Teilen Analphabeten und hat-

ten nicht die Mittel, ihre »traditionellen Werte« auf eine Weise auszudrücken, dass sie politisch einsetzbar wären. Diese Werte bestanden zu großen Teilen nur in der Vorstellung der Intellektuellen, insbesondere in der großen russischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Diese Kluft begann sich Anfang des 20. Jahrhunderts zu schließen. Es wäre aber sicherlich eine Übertreibung zu sagen, dass wir viel über die Vorstellungen der Bauern von einer idealen Gesellschaft wüssten, oder aber tatsächlich zu behaupten, dass den Bauern irgendeine umfassendere soziale Utopie gemein war, die über widersprüchliche, vom Gemeinsinn getragene Ansichten hinausgingen.

Vor diesem Hintergrund könnte der gegenwärtige Wandel in der russischen Identitätspolitik als Wiederholung des alten Musters konservativer Reaktion nach einer jüngsten Runde schmerzhafter und destabilisierender Reformen verstanden werden. Die gegenwärtige Situation ist jedoch in einer wichtigen Hinsicht eine besondere.

Traditionalistische Identität für eine moderne Gesellschaft?

Die Gesellschaft im Russischen Reich war wie erwähnt tief zerklüftet. Die Abstände zwischen den Eliten und der Masse der Bevölkerung waren derart groß, dass der Staat in Bezug auf die eigene Bevölkerung – einschließlich der ethnischen Russen – tatsächlich eine zivilisatorische (oder kolonisatorische) Mission unternehmen musste. Hinsichtlich der Kernländer des Reiches, zu denen grob der europäische Teil der heutigen Russischen Föderation (ohne den Nordkaukasus), Belarus, die Ostukraine, und die urbanisierten Teile Sibiriens, Kasachstans und des Fernen Ostens gehörten, hat die Sowjetunion diese Mission zu großen Teilen vollendet. Die soziale Mobilität sowie die Verschiebungen und Vertreibungen durch die sowjetische Modernisierung und die totalitären Repressionen haben die kulturellen Mauern zwischen den sozialen Gruppen beseitigt. Die neuen Hierarchien, die an die Stelle der alten aus dem Zarenreich traten, waren sehr viel flacher. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion sind sie dann erneut transformiert worden. Von größter Bedeutung war jedoch, dass in der Sowjetunion eine allgemeine, standardisierte höhere Schulbildung eingeführt wurde und eine Massenkultur entstand, die alle sozialen Schichten ansprach und zugänglich war. Somit ist die postsowjetische Gesellschaft Russlands sehr viel homogener als alle ihre Vorgänger. Das bedeutet nicht, dass es keine Ungleichheit gibt, oder dass Klassenunterschiede nicht kulturell markiert sind. Aber: In Bezug auf die Frage nationaler Identität wären zwei willkürlich gewählte Russen stets in der Lage, eine Unterhaltung zu bestreiten, und sie würden im Großen und Ganzen die gleichen diskursiven Codes verwenden. Eine solche Unterhaltung

wäre im 19. Jahrhundert zwischen einem Bauern und einem Intellektuellen nicht vorstellbar gewesen: Als die russischen »Narodniki« in den 1870er Jahren beschlossen »ins Volk zu gehen«, brauchte es einen gehörigen Aufwand an Zeit und Anstrengungen, um eine gemeinsame Sprache und das Vertrauen zu finden, mit denen Politik diskutiert werden könnte. Die Themen allerdings, die gegenwärtig diskutiert werden, dürften im Großen und Ganzen die gleichen sein, wie sie die Westler und Slawophilen im 19. Jahrhundert sowie deren Nachfolger diskutiert haben: Ist Russland ein europäisches Land? Sollte es versuchen, zum Westen aufzuschließen, oder doch seinen eigenen Weg gehen? Sollte es sich seiner Unterschiede zu Europa schämen oder stolz darauf sein?

Kaum jemand in Russland oder außerhalb des Landes wird bestreiten, dass zwischen Russland und dem allergrößten Teil der EU gesellschaftspolitisch und hinsichtlich des Aufbaus und der Qualität der Institutionen sowie bestimmter Verhaltensmuster weiterhin beträchtliche Unterschiede bestehen. Dies ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass das Land nie in der Lage gewesen ist, aus dem Teufelskreis abhängiger, semiperipherer Entwicklung auszubrechen. Die Stalinsche Modernisierung war in dieser Hinsicht ein riesiger Schritt vorwärts, doch basierte sie vorwiegend auf importierter Technologie (im Austausch gegen das Getreide der Bauern). Die späte Sowjetunion entwickelte eine Ölabhängigkeit, die sich in postsowjetischer Zeit noch verschärft hat. Dass sich der Staat eher auf Renten denn auf Steuern stützte, verzerrt die gesellschaftliche Repräsentation, unterminiert demokratische Verantwortlichkeit und erzeugt weit verbreitet Korruption.

Während heute die meisten politischen und intellektuellen Führer Russlands dieser Diagnose wahrscheinlich zustimmen würden, schrecken die meisten von ihnen vor radikalen Reformen zurück. Sie tun dies aus den gleichen Gründen wie ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert: Sie trauen dem eigenen Volk nicht. Es besteht die Angst, dass Aktivismus von unten, wenn dieser nicht streng vom Staat überwacht wird, zu Chaos und Zerstörung führen könnte. Diese Ansicht wird auch von der Interpretation der 1990er Jahre als »finstere Zeit« der jüngsten Geschichte Russlands, als eine moderne »Zeit der Wirren« gestützt, wie auch von der Vorstellung von einer Verschwörung, bei der der Westen jede Schwäche des Staates ausnutzt, um in Moskau eine »farbige Revolution« zu inszenieren. Anstatt jedoch mit der Bevölkerung auf Augenhöhe wie mit aufgeklärten, vernünftigen Wesen zu sprechen, ziehen es die konservativen Eliten vor, sie als Bauern aus dem 19. Jahrhundert wahrzunehmen, die mit Hilfe einer Förderung von Orthodoxer Religion, traditionellen Familienwerten und einer »patriotischen« Sicht auf die Geschichte, bei der die Zaren und ihr Volk in

einer Art spirituellen, übermenschlichen Einheit zusammenstehen, unter Kontrolle gehalten werden können und sollten. Paradoxe Weise werden die Konservativen durch die meisten Liberalen hierin unterstützt, indem diese nicht müde werden, den Barbarismus zu beklagen, den sie um sich herum wahrnehmen. Statt die Unterschiede Russlands in institutionellen und historistischen Begriffen konzeptionell zu erfassen, als Ergebnis eines spezifischen Musters verzögerter Modernisierung, essenziali-sieren die russischen Westler diese Unterschiede als ein kulturelles Phänomen, indem sie die Unterschiede der Hartnäckigkeit eines »bäuerlichen Bewusstseins«, einer »sowjetischen Mentalität« oder einem »autoritären russischen Geist« zuschreiben. Von solchem »Essenzialismus« ist es nur ein kleiner Schritt bis zur Unterstützung des Regimes als etwas, was die Russen tatsächlich verdienen. Es ist zu betonen, dass es zwar die Eliten sind, die den Kurs des Landes bestimmen, dass aber an dem Identitätsdiskurs, der hinter diesen Entscheidungen steht, die gesamte Gesellschaft beteiligt ist. Es sind also nicht nur die Führer, die den Massen nicht trauen – gewissermaßen hat das gesamte russische Volk kein Vertrauen in sich selbst. Jeder hat es eilig, die Klischees über Russland als radikal und irrational abnormen Fall zu wiederholen. Ob diese Zuschreibung nun mit düsterem Pessimismus vorgenommen wird oder mit ungehemmtem Hochgefühl, ist von zweitrangiger Bedeutung. Dies erklärt – unter anderem – die Effektivität der offiziellen Propaganda: Nicht, dass jeder alles glauben würde, was im Fernsehen als Wahrheit präsentiert wird, aber die meisten würden sagen, dass eine gewisse Gehirnwäsche notwendig sei, um Mitbürger zu disziplinieren, die sonst außer Kontrolle geraten könnten.

Schlussfolgerungen

Eine moderne Macht mit Anspruch auf eine globale Führungsrolle kann nur begrenzt versuchen, ihre Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es ihr als unzivilisierte

Eingeborene besser ergehen wird, denn als moderne Bürger. Zum einen mag die Berufung auf geistige Werte gut sein, solange der Großteil der Bevölkerung immer noch Zugang zu den Vorteilen moderner Zivilisation hat, doch wird dies durch radikale Traditionalisten ständig in Frage gestellt. Zum potentiellen Sprengstoff gehören Themen wie das Recht auf Abtreibung und der Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien, die beide substantiell große Bevölkerungsgruppen betreffen könnten.

Noch wichtiger ist der Umstand, dass sich der Russische Staat mit der Einmischung in die Konflikte in der Ukraine und in Syrien sowie mit der globalen Konfrontation mit dem Westen auf dem Gipfel seines internationalen Engagements befindet. Es besteht offensichtlich die Gefahr einer imperialen Überdehnung, die jenen Tendenzen nicht unähnlich ist, die das Russische Reich und die Sowjetunion zu Fall gebracht haben. Die Kombination aus struktureller Wirtschaftskrise und Rückgang der Ölpreise bringt die Notwendigkeit mit sich, alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren. Letztendlich – und dies wird von der Regierung eingestanden – erfordert die Aufgabe, Russland groß zu machen, wirtschaftliche und technologische Modernisierung.

Wenn Modernisierung tatsächlich notwendig ist, könnte die konservative Wende zwar für eine gesellschaftliche Mobilisierung hilfreich sein, doch wird deren kurzfristiger Nutzen eindeutig von einer rückwärtigen Entwicklung bei Bildung, Gesundheit und anderen Schlüsselementen der sozialen Infrastruktur überwogen. Anders gesagt: Falls der Staat seine Förderung »traditioneller Werte« weiter betreibt, wird er die technologische und institutionelle Kluft zwischen Russland und der entwickelten Welt ver-tiefen, was auch im Bereich der Außenpolitik unweigerlich Folgen haben dürfte. Die »Knote der äußeren Notwendigkeit« wird zweifellos wieder zuschlagen, auch wenn einige Zeit vergehen könnte, bis es geschieht.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Viatcheslav Morozov ist Professor für EU-Russland-Studien an der Universität Tartu. Seine aktuelle Forschungstätigkeit beschäftigt sich mit der Frage, wie Russlands politische und soziale Entwicklung durch dessen Position im internationalen System bedingt wurde. Sein Ansatz wird in seiner jüngst erschienenen Monographie »Russia's Postcolonial Identity: A Subaltern Empire in a Eurocentric World« (Palgrave, 2015) dargelegt.

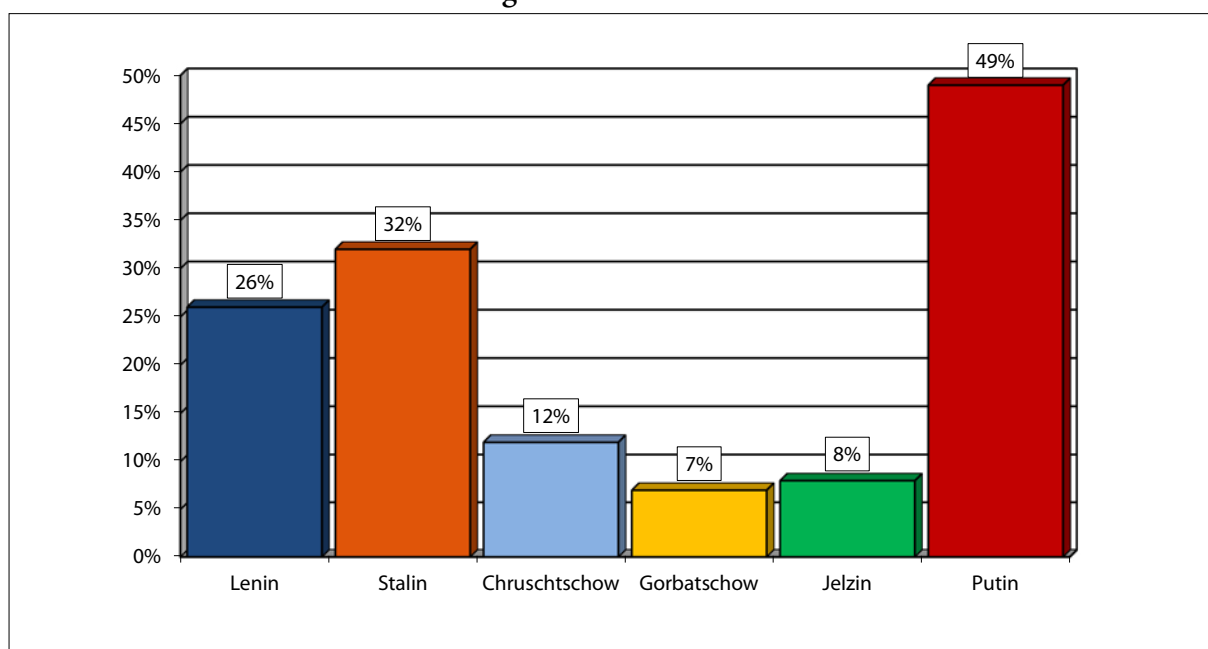
Lesetipps

- Etkind, Alexander: *Internal Colonization: Russia's Imperial Experience*, Cambridge: Polity 2011.
- Hosking, Geoffrey: *Russia. People and Empire, 1552–1917*, Cambridge, MA: Harvard University Press 1997.
- Morozov, Viatcheslav: *Russia's Postcolonial Identity: A Subaltern Empire in a Eurocentric World*, Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan 2015.
- Neumann, Iver B.: *Russia as a Great Power, 1815–2007*, in: *Journal of International Relations and Development* 11.2008, Nr. 2, S. 128–151.
- Trotzki, Leo: *Geschichte der russischen Revolution*, Berlin, 1931/32.

UMFRAGE

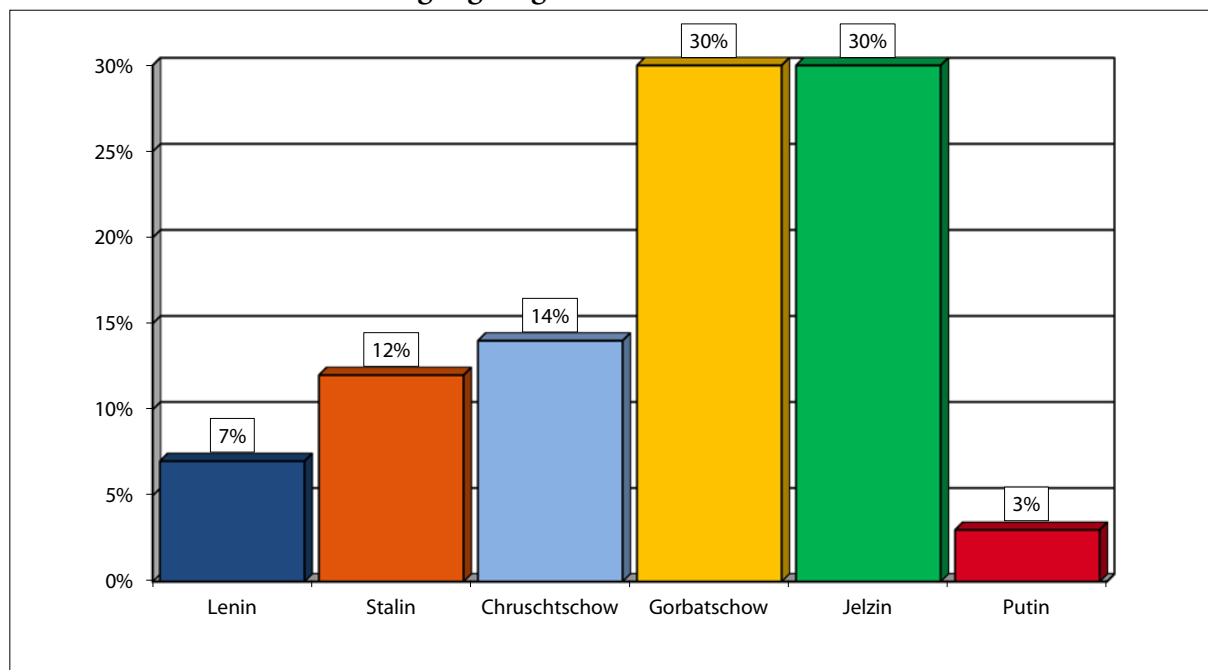
Stolz und Scham. Umfragen zu Russlands Vergangenheit und Gegenwart

Grafik 1: Wie stehen Sie insgesamt zu den folgenden Staatsführern?
Antwort: »Mit Hochachtung«



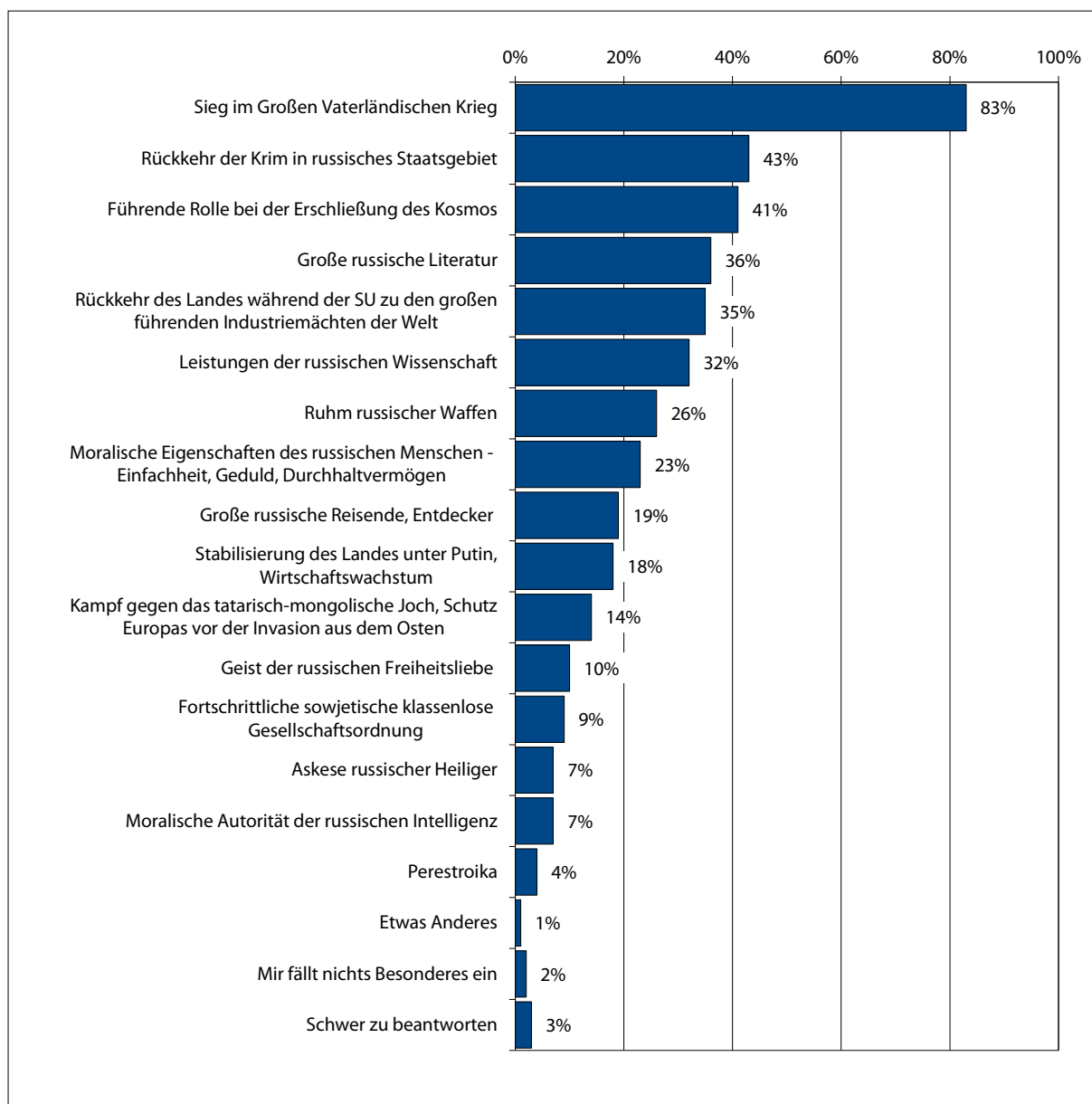
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/15/15388/>>, 15. Februar 2017

Grafik 2: Wie stehen Sie insgesamt zu den folgenden Staatsführern?
Antwort: »Mit Abneigung, Ärger«



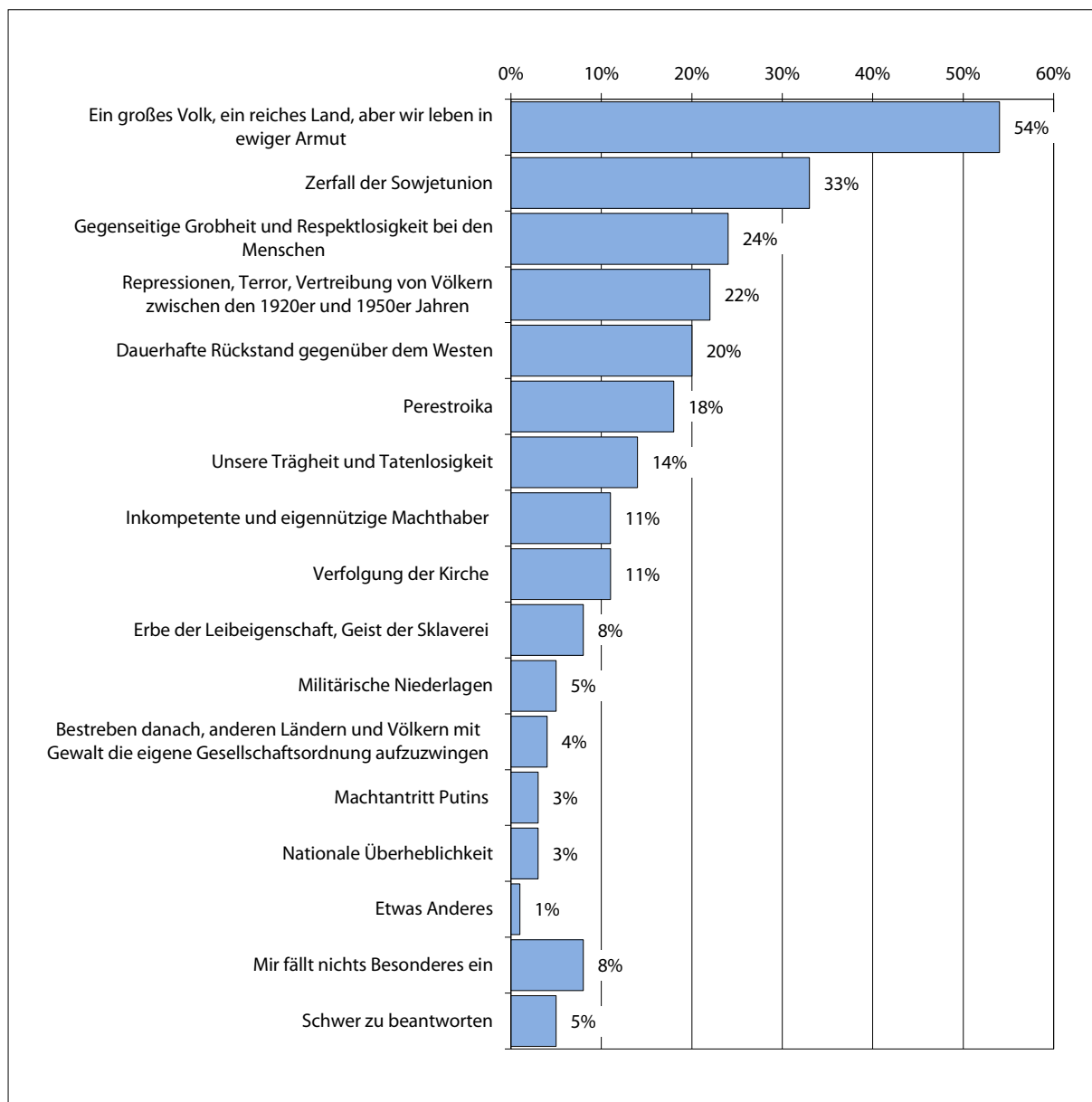
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/15/15388/>>, 15. Februar 2017

Grafik 3: Auf welche Ereignisse und Erscheinungen in der Geschichte unseres Landes sind Sie stolz?



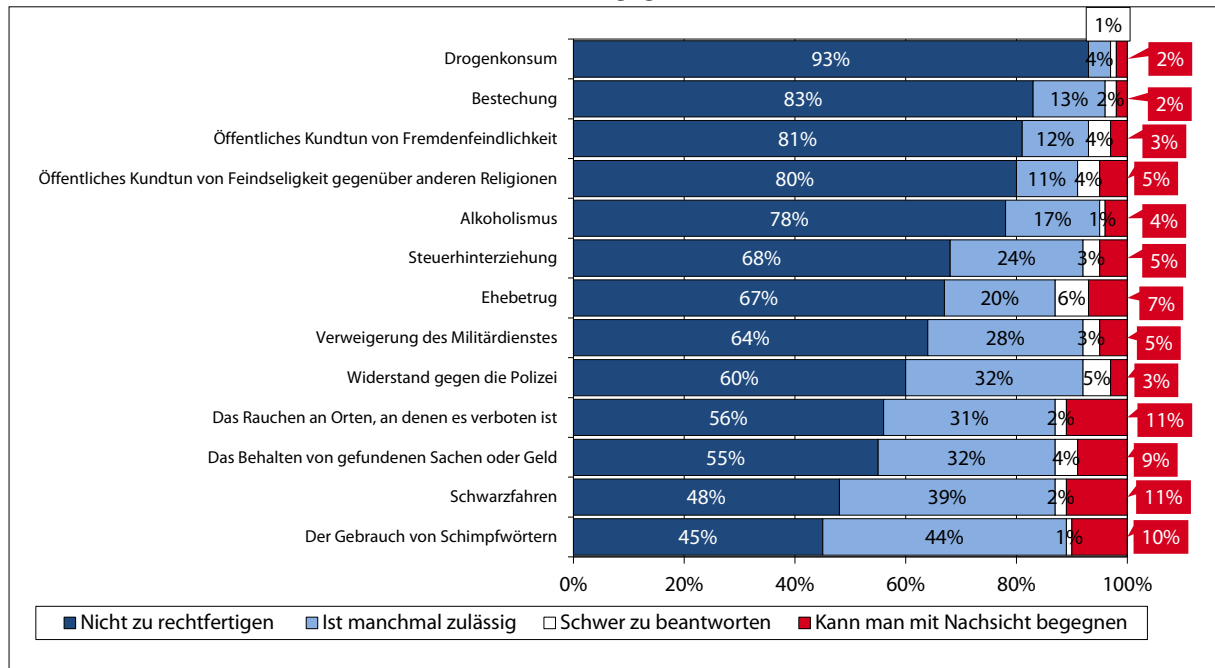
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/03/01/gordost-i-styd/>>, 1. März 2017

Grafik 4: Welche Ereignisse in der russischen Geschichte rufen bei Ihnen Scham und Verdruss hervor?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/03/01/gordost-i-styd/>>, 1. März 2017

Grafik 5: Welche der folgenden Taten sind Ihrer Meinung nach nicht zu rechtfertigen und welchen kann man mit Nachsicht begegnen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. Januar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116050>>, 3. Februar 2017

NOTIZEN AUS MOSKAU

Putinhysterie

Jens Siegert, Moskau

»Der Untergang des Abendlandes?
 Grad war's noch da – und dann verschwand es«
 F.W. Bernstein

Das Böse existiert und es heißt Putin. Diesen Eindruck vermittelt seit einiger Zeit ein nicht unerheblicher Teil der medialen Öffentlichkeit im sogenannten Westen (mit Westen werden hier, ein wenig vereinfachend, die liberal verfassten marktwirtschaftlichen Demokratien mit den USA und der EU als historisches Zentrum bezeichnet). Mitunter komme ich mir heute beim Zeitungslesen und Nachrichtenschauen wie ein Zeitreisender vor, der wieder in der Mitte der 1980er Jahre gelandet ist, als Roland Reagan die Sowjetunion zum »Reich des Bösen« erklärte und das Star-Wars-Aufrüstungsprogramm erfand. Allerdings gibt es einen gewaltigen Unterschied. Die damalige Sowjetunion war tatsächlich (vor allem militärisch) sehr mächtig (kaum jemandem schien

ihr baldiges Ende, von dem wir heute wissen, möglich), sehr viel mächtiger als das heutige Russland. Und es gab den Kalten Krieg, die weltweite Konkurrenz zweier ideologisch konkurrierender Gesellschaftssysteme.

Nun meinen viele im Westen, dass wir uns heute in einem neuen Kalten Krieg (oder in seiner modernisierten Variante, einem hybriden Krieg) mit Russland befinden. Auf fast schon wundersame Weise haben Russland und der NATO-Westen binnen weniger Jahre die Rollen getauscht. Noch bis vor Kurzem galt der Westen als stark, während von russischer Seite immer wieder die Klage vorgebracht wurde, »durch die NATO eingekreist« worden zu sein. Wobei der Westen die »legitimen russischen Sicherheitsinteressen« missachte, indem er mit seinen

Organisationen (NATO, EU) immer näher an die russischen Grenzen rücke, kurz: Russland sei durch den *Westen* bedroht. Doch inzwischen sind aus Russland immer selbstbewusstere Töne zu hören, während sich dagegen im *Westen* Stimmen häufen, Russland wolle die dortigen Gesellschaften unterminieren, ja führe gar einen verdeckten (eben jenen *hybriden*) Krieg nicht nur gegen westliche Länder, sondern gegen das Konzept einer demokratischen, offenen Gesellschaft insgesamt.

Diese Umkehrung begann, anfangs fast unmerklich, irgendwann nach der vielzitierten Münchner Rede Wladimir Putins auf der Sicherheitskonferenz vor zehn Jahren. Ihre Entwicklungsrichtung wurde mit der Annexion der Krim durch Russland und dem von Russland initiierten (bewusst nachlässig verdeckt mitgeführten) Krieg in der Ostukraine einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Gleichzeitig begann man in Russland, aber auch im *Westen*, immer öfter von einer Schwäche des *Westens* zu sprechen, einer Schwäche, die wie ein historisches Naturereignis über kurz oder lang zum Untergang des Westens (und seines demokratischen, auf Recht basierenden politischen Modells) und zum Aufstieg einer neuen, von Russland an führender Stelle mitgestalteten Welt- und Gesellschaftsordnung führen würde.

Im Sommer 2015 griffen russische Militäreinheiten in den (Bürger-)Krieg in Syrien ein, ohne dass die USA und ihre Verbündeten etwas dagegen taten (tun konnten?) und die Rede von der *Schwäche des Westens* wurde noch lauter. Endgültig zu einem vorherrschenden Trend aber wurde sie im vorigen Jahr in der Folge des Brexit-Votums und vor allem durch den Wahlsieg von Donald Trump in den USA. Die US-Historikerin Anne Applebaum (und nicht nur sie) extrapoliert diese Entwicklung in die nahe Zukunft und sieht nach drei weiteren Schicksalswahlen in den Niederlanden, in Frankreich und im September in Deutschland, die Gefahr, dass der Westen wie Dominosteine fallen könnte.

Ein paar weitere Kostproben dieser fast schon an Hysterie grenzenden Russlandangst. Die *New York Times* und die *Washington Post*, die dicken Flaggschiffe der offenen Gesellschaft, werden seit Monaten nicht müde uns zu erklären, dass Trump seinen Sieg Putin, dessen Hackern und dessen Geheimdiensten zu verdanken habe. Die Monatszeitschrift *New Yorker*, das Blatt für liberale Intellektuelle, zeigt auf dem Titelbild seiner Märzangabe Wladimir Putin mit Monokel und einem rosa Schmetterling als »Eustace Vladimirovich Tilley« (Eustace Tilley ist eine Kunstfigur, die das allererste Titelbild des *New Yorker* vor 80 Jahren zierte). Im Blatt wird, wie Brendan O'Neill im britischen *Spectator* zusammenfasst: »... a future, dystopian America that's been captured by the Evil Empire« gezeichnet (<http://blogs.spectator.co.uk/2017/03/lefts-great-russian-conspiracy-theory/>). Trump wird »Putin's puppet« genannt und ein »unwissentlicher Agent« Moskaus.

Vanity Fair, Fachblatt für *the Lives and the Looks*, geht noch einen Schritt weiter und stellt gleich die Frage: »Is Trump a Manchurian Candidate?« (<http://www.vanityfair.com/news/2016/11/is-donald-trump-a-manchurian-candidate>). Die USA seien dabei, von Putin einfach übernommen zu werden, ist die Botschaft. Im vorigen Dezember zeigte eine You-Gov-Umfrage, dass die Hälfte der US-Amerikaner glauben, »Russland habe an der Stimmenauszählung gedreht«. Mitunter scheint es, als ob Putin mittlerweile für alles haftbar gemacht wird, was nicht den in den vergangenen Jahrzehnten im *Westen* üblich gewordenen liberalen, weltoffenen Weg geht.

Nun könnte der Trump-Schock im demokratischen Teil der USA durchaus so tief sitzen, dass derartige Übertreibungen verständlich werden. Doch auch in anderen westlichen Ländern, darunter Deutschland, breitet sich die Panik aus. So versah *Die Zeit*, Leitblatt des liberalen Bürgertums, ihr Titelblatt am 23. Februar dieses Jahres mit dem Reichstag im Fadenkreuz und der großen Frage »Deutschland im Visier?« Unterzeile: »Sind die Großangriffe aus dem Netz von Russland gesteuert.« Wird der nächste Bundeskanzler oder die nächste Bundeskanzlerin in Moskau ausgesucht, möchte man gleich unwillkürlich nachfragen.

In der Tageszeitung *Die Welt* warnt nicht nur Richard Herzinger seit Monaten vor dem bevorstehenden Ende des Westens – mit Putin als Haupttotengräber. Vorige Woche nahm sich Herzinger die sogenannten *Fake News* vor: »Der Postmodernismus hat uns gelehrt, dass die Medien nicht mehr als Abbild der Wirklichkeit, sondern als selbstreferenzielles System zu betrachten seien, das seine eigene Realität erzeuge. Alles, was in den Medien erscheint, ist demnach an sich irgendwie Fake. Und wir sind angehalten, es nicht so ernst zu nehmen.« Anders ausgedrückt, gibt es keine unerschütterlichen Wahrheiten mehr, was es umso schwieriger macht, sich gesellschaftlich darauf zu verständigen, was als Fakten (also altertümlich ausgedrückt als *Wahrheit*) akzeptiert wird und was nicht. Mit der systematischen und gezielten Verbreitung von Unwahrheiten (der Begriff »falsche Fakten«, jüngst berühmt geworden in der Variante »alternative Fakten« wäre ja ein Widerspruch in sich), also der heute meist so genannten *Fake News* durch antidemokratische Kräfte, werden diese zu einer politischen Gefahr. Herzinger weiter: »Es ist die [Differenz] zwischen den Versuchen zur Manipulation der Wahrheit durch Mächtige in einer Demokratie, die von einer freien Öffentlichkeit kontrolliert werden, und den Desinformationstechniken autoritärer Regime oder antidemokratischer Bewegungen, deren Ziel es ist, die Kriterien zur Unterscheidung von Wahrheit und Lüge an sich zu zerstören.« (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article162714997/Bei-Fake-News-gibt-es-wirklich-nichts-zu-lachen.html>).

Natürlich hat Herzinger nur allzu Recht. Das alles ist sehr ernst. Russland führt in der Ukraine (also mitten in Europa) Krieg und hat mit der Annexion der Krim die Nachkriegsfriedensordnung auf dem Kontinent praktisch ausgehebelt. Keiner der russischen Nachbarstaaten kann sich seiner Grenzen mehr sicher sein. Der russische Staat versucht zudem ja tatsächlich auf vielfältige Weise, auf die politischen Prozesse im Westen Einfluss zu nehmen. Die Mittel reichen von den oben geschilderten Fake-News über mit russischem (Regierungs-)Geld in westlichen Ländern aufgebauten Massenmedien (wie RT oder der sogenannten Nachrichtenagentur Sputnik) über Kooperation mit und die gezielte, auch finanzielle Förderung von politischen Parteien und einzelnen Politikern in der EU (und vielleicht auch in den USA) bis zu Internettrollfabriken für die sozialen Medien. Hinzu kommen (soweit wir das wissen können) Geheimdienstoperationen wohl einschließlich gezielter Hackerangriffe wie der auf die Demokratische Partei in den USA oder den Bundestag. Auch das Wirken von Wikileaks macht zunehmend den Eindruck, wenn schon nicht direkt zum Kreml-Arsenal zu gehören, so doch sehr eng mit ihm verbunden zu sein.

Noch einmal: Das ist alles sehr ernst. Die Lage des Westens ist angesichts von Brexit, Trump, einer drohenden französischen Präsidentin Marine Le Pen und stärker werden rechts- und mitunter auch linkspopulistischen Bewegungen in vielen westlichen Ländern tatsächlich kritisch. In kritischen Lagen aber gibt es zwei Fehler, die man möglichst vermeiden sollte: Panik und Schönfärberei. Die Zeit der Schönfärberei ist glücklicherweise weitgehend vorbei. Die anhaltenden Sanktionen gegen Russland wegen Krimannexion und Krieg in der Ostukraine zeigen, dass viele im Westen begriffen haben, dass es, um es salopp auszudrücken, um die Wurst geht. Bleibt also, Panik zu vermeiden (wobei mitunter der Verdacht angebracht scheint, dass Schönfärberei aus Angst entspringt).

Russland und Putin sind ein wichtiger und auch einflussreicher Faktor in der internationalen Politik. Und da nationale und internationale Politik immer stärker miteinander verschränkt sind (das ist eine wichtige Folge der vom Westen ausgehenden Versuche einer Verrechtlichung auch internationaler Beziehungen), erstreckt sich dieser Einfluss auch auf andere Länder. Doch das ist keine Einbahnstraße. Der westliche Einfluss in Russland und auf die russische Politik ist nicht kleiner. Insgesamt sind die Möglichkeiten, von außen die Politik eines Landes zu beeinflussen aber grundsätzlich beschränkt. Ich hatte die Möglichkeit, in den vergangenen 25 Jahren westliche Unterstützung für eine demokratische Entwicklung in Russland nicht nur zu beobachten, sondern als Leiter des Moskauer Büros der Heinrich Böll-Stiftung lange Zeit aktiv mitzugestalten. Diese Erfahrung hat mich bescheiden gemacht. Möglich ist die Unterstützung von Trends in

den jeweiligen Gesellschaften. Das Setzen von Trends von außen ist schlicht unmöglich. Dass die russische Führung das anders sieht und in einer Art Verfolgungswahn schon seit vielen Jahren an allen Ecken und Enden vom *Westen* angezettelte Revolutionen wittert, ist kein Gegenbeweis.

Russland ist unter Putin wieder stärker und (wenn man das so sagen darf) *selbstbewusster* geworden, aber es bei weitem nicht so stark wie es die Sowjetunion einst gewesen ist. Die gegenwärtige *Hysterie* (ja, ich finde dieses starke Wort hier angemessen) in Bezug auf russische Einmischung in das, was man früher die *inneren Angelegenheiten* genannt hat, zeugt aber mehr von der eigenen Schwäche als von Russlands Stärke. Oder sie zeugt, genauer gesagt, eher von der eigenen Verunsicherung. Damit einher geht eine zunehmende Tendenz zur Selbstviktimsierung. Putin wird, ob nun aus Scham oder aus Angst, aus Verunsicherung oder aus Kalkül, oder weil es einfach nur nicht sein kann, dass Trump und Co unsere Ungeheuer sind, zu einem fast allmächtigen Giganten aufgeblasen. Er kann sicher viel. Aber bei weitem nicht alles, was ihm nun zugeschrieben wird. Es ist geradezu eines der Grundmerkmale Putinscher Politik, oberhalb der eigenen Gewichtsklasse zu boxen. Putins Politik ist, wenn überhaupt, nicht der Grund, sondern ein Symptom der Krise des liberal-demokratischen Gesellschaftsmodells des Westens. Wenn man ein Vakuum entstehen lässt, dann kommt jemand und füllt es.

Auch aus diesem Grund betrachte ich die Diskussion in Deutschland/den USA/im Westen über eine angebliche russische Megastrategie zu seiner Zerstörung mit Skepsis. Nicht, weil ich davon überzeugt wäre, dass dieses Kalkül nicht dahinter stünde. Es weist zu vieles darauf hin, dass es vielleicht keine Strategie zur Zerstörung, wohl aber den Wunsch und die vielfältige Praxis zur nachhaltigen Schwächung dessen gibt, was in Russland abgrenzend die *westliche Weltordnung* genannt wird. Meine Skepsis bei der Annahme eines lang durchdachten, kühl-rational, mit viel Wissen und Können durchgeführten Plans bezieht sich vor allem auf die darauf folgenden Reaktionen: die Dämonisierung Putins auf der einen und die Übernahme des russischen Narrativs eines hybriden Kriegs. Es ist nachgerade dieses Narrativ, dass uns die russische Sichtweise einer hobbesschen oder darwinschen Welt aufzwingen will, in der jeder gegen jeden um das Überleben kämpft. Unter die Räder geraten damit immer wieder sowohl demokratische Grundsätze als auch die zivilisatorische Errungenschaft der Unterscheidung zwischen Krieg und Politik. Clausewitz mag immer noch lesenswert sein. Seine politische Philosophie aus dem 19. Jahrhundert erneut zu übernehmen, wird die Welt weder sicherer noch lebenswerter machen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Villen, Wahlkampf, doppeltes Recht: Zu Nawalnyjs Kampfansage gegen Medwedew

Sergey Medvedev, Berlin

Alexej Nawalnyj hat seine Dokumentation vom 2. März mit Korruptionsvorwürfen gegen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew als Untersuchung des Jahres angekündigt. Der Oppositionspolitiker, der im Dezember 2016 seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 2018 als erster angekündigt hatte, wirft dem Regierungschef vor, über korrupte Machenschaften mit Oligarchen de facto in Besitz von Luxusvermögen im Schätzwert von einer Milliarde Euro zu sein. Für die Dokumentation drehte das Team von Nawalnyjs »Stiftung für Korruptionsbekämpfung« ein 50-minütiges Video mit Drohnenaufnahmen von prächtigen Villen mit Weinhängen in einigen Regionen Russlands sowie in der Toskana. Der auch mit englischen Untertiteln veröffentlichte Film »Das ist ja kein Dimon« (<https://youtu.be/qrwk7_GF9g>) wurde innerhalb einer Woche 8 Millionen Mal auf Youtube angeschaut und bekam dazu noch mehrere Millionen Aufrufe in russischen sozialen Netzwerken. Die staatsnahen Medien ignorierten das Thema vollständig. Die offiziellen Vertreter des Kreml und der Regierung verweigerten Kommentare zur Sache, mit der Begründung, es sei Propaganda durch eine vorbestrafte Person. Alexej Nawalnyj bedauert, dass sich nur drei Vertreter des Staates zur Untersuchung äußerten und vergleicht den Fall mit dem Korruptionsskandal in Südkorea, in dessen Folge die Ministerpräsidentin Park Geun Hye am 10. März dieses Jahres des Amtes enthoben wurde, und ruft die Bürger zu einer Antikorruptionskundgebung am 26. März auf. Der Vertreter von Transparency International Russland, Ilja Schumanow, schätzt die Untersuchung als nachvollziehbar ein, meint aber, dass aus den Angaben der Untersuchung juristisch keine Straftat nachzuweisen sei. Was der Fall Medwedew über die Machtkonstellation, die Eigentumsverhältnisse und die russischen Eliten aussagt, diskutieren u. a. der Journalist Maxim Trudoljubow von der Zeitung »Wedomosti« und der Publizist Anton Orech vom Radiosender »Echo Moskwy«.

[Diese Einleitung wurde am 30.03.2026 in Reaktion auf eine Abmahnung geändert. Informationen zum Hintergrund finden Sie hier: https://www.eqs-news.com/de/news/corporate/alischerusmanow-gewinnt-klage-gegen-die-frankfurter-allgemeine-zeitung-rechtsanwaelte-steinhoefel/ba8e3bcf-cbbc-429b-adac-209057f7b543_de]

Es ist sinnlos, propagandistische Ausfälle einer verurteilten Figur zu kommentieren

Natalja Timakowa, Pressesprecherin des Ministerpräsidenten Russlands

»Das Material von Nawalnyj trägt eindeutig Wahlkampfcharakter, wovon er am Ende des Videos selbst spricht. Es hat keinen Sinn, propagandistische Angriffe einer oppositionellen und verurteilten Figur [...] zu kommentieren.«

Natalja Timakowa am 2. März 2017 im Interview für Interfax; <<http://www.interfax.ru/russia/552022>>.

Macht ist Geld

Anton Orech, Publizist (Moskau)

»[...] Nawalnyj sagt völlig offensichtliche Worte, die deshalb nicht weniger zutreffend sind: Dort, an der Spitze der Macht, ist das kein Geheimnis, weil an der Spitze der Macht alle so oder so ähnlich leben, entsprechend der Positionen, die man innehat, und dem Grad der Dreistigkeit. Und es würde mich überraschen, wenn irgendjemand von ihnen anders lebte. Genau deshalb streben sie zur Macht. Genau deswegen ist die Staatsmacht das größte Anlagevermögen in Russland. Weder deine Begabung, noch dein Kopf, noch deine Gewandtheit und auch nicht deine Erfindungsgabe – nichts davon ist von Bedeutung. Bedeutung haben nur Position und Befugnisse.

In Russland hat es keinen Sinn, ein Elon Musk zu werden, weil hier nicht Menschen gebraucht werden, die die Welt verändern wollen, sondern solche, die alles lassen wollen, wie es ist. In Russland werden keine Menschen gebraucht, die durch unglaubliche Technologien oder moderne Produktion ihr Geld verdienen. Denn das wäre zu aufwändig, zu langsam und mit hohem Risiko verbunden. Viel einfacher und schneller lässt sich etwas verdienen, wenn man Staatsanwalt, Richter, Minister oder gar Ministerpräsident wird, wie sich jetzt herausstellt. Genauer gesagt: Nicht verdienen, sondern bekommen.

In den entwickelten Ländern ist Geld wichtig, weil es Macht verheißt. In Russland ist es anders herum – Macht verheißt Geld. Die Staatsmacht kann einem aber das Geld auch abnehmen. Fragen Sie Chodorkowskij – der der reichste

Mann Russlands war und einst im Begriff stand, in der Politik etwas zu verändern –, was mit ihm geschah, und ob es ihm gefallen hat! Genau deswegen machen die heutigen Oligarchen die alten Fehler nicht mehr, spenden Milliarden an irgendwelche dubiosen Stiftungen und verschenken Anwesen, um Oligarchen bleiben zu können und nicht im Knast Handschuhe nähen zu müssen. [...]

Anton Orech am 2. März 2017 bei »Echo Moskwy«; <<http://echo.msk.ru/blog/oreh/1937444-echo/>>.

Es besteht keine Verbindung zwischen Medwedew und der Stiftung »Dar«

Ilja Jelisejew, Vorstandsvorsitzender bei Stiftung »Dar«, Stiftung »Sozgosprojekt«, Stiftung für Olympische Spiele, Stiftung für soziokulturelle Initiativen, stellv. Vorsitzender der Gazprom-Bank

»Die jüngsten Falschmeldungen sind ein Beispiel für offensichtliche politische Propaganda und haben keinerlei reale Grundlage. [...]

Kommerzielle und nichtkommerzielle Organisationen, in denen ich Aktionär, Gründer oder Leiter bin, betreiben gesetzlich zulässige Tätigkeiten in meinem Interesse oder zu karitativen Zwecken. Diese juristischen Personen stehen mit keinem Politiker oder Staatsbediensteten in Verbindung.«

Ilja Jelisejew am 3. März 2017 in einer Pressemitteilung zitiert nach »Wedomosti«; <<http://www.vedomosti.ru/newline/top/politics/news/2017/03/03/679799-fond-podarok-usmanova>>.

Interesse in der Gesellschaft aber keine Reaktion vom Staat

Alexej Nawalnyj, Stiftung für Korruptionsbekämpfung (Moskau)

„Genau vor sieben Tagen haben wir das alles veröffentlicht. Die Gesellschaft hat unsere Informationen eindeutig als wichtig betrachtet. Auf Youtube [s.o.; d. Red.] gibt es bis jetzt 7,2 Millionen Aufrufe und 2,2 Millionen auf „Odnoklassniki“ [russisches soziales Netzwerk; d. Red.]. Das sind 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von den Wahlberechtigten sind es 8,6 Prozent.

[...]

Wir haben momentan drei Kommentare von denen, die etwas sagen sollten:

1. Timakowa: Kein Kommentar, weil Nawalnyj ein Krimineller ist.
2. Peskow: Kein Kommentar, das ist das Werk eines verurteilten Bürgers.
3. Newerow, Generalsekretär von »Einiges Russland«: Nawalnyj war nicht in der Armee, ich bin ein vollwertiger Träger des Abzeichens »Ruhm des Bergarbeiters«.

Nur der dritte Kommentar hat einen Umfang von mehr als einer Zeile (ich empfehle es zu lesen, es ist die Hölle!).

Das war's. Das ganze System staatlicher Gewalt in Russland, das bekanntlich dem Volk gegenüber verantwortlich ist, hat nichts, was es noch zu sagen bereit wäre.

Und es ist natürlich eine direkte Erklärung dafür, warum die Gehälter in Südkorea fünf Mal höher sind als in Russland.

Mal ehrlich. Diese Sachen haben einen direkten Zusammenhang. In Südkorea ist erst vor kurzem etwas ähnliches geschehen (nur in einem deutlich kleineren Umfang). Die Präsidentin bekam korruptes Geld über nichtkommerzielle Stiftungen. In diese Stiftungen war das Geld lokaler Oligarchen geflossen.

Wir können uns so lange wie wir wollen Märchen über eine »asiatische Mentalität« und »Neigung zur Korruption« erzählen. In Korea hatte es aber Folgen:

1. Massive Attacken der Presse, die das Regime buchstäblich in der Luft zerriss. Sie haben jeden einzelnen Korruptionsfall detailliert auseinandergenommen und das Thema mehrere Tage auf der ersten Seite gehalten (und halten es immer noch).
2. Kundgebungen.
3. Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin.
4. Inhaftierung von Oligarchen, die in die Stiftungen Geld eingebracht haben. Inhaftiert wurde u. a. der Chef von Samsung.

Und genau diese gesunde Reaktion des Staates, wenn korrupte Staatsfunktionäre von ihren Ämtern entfernt werden und die anderen sehen, dass Diebstahl gefährlich und schrecklich ist, führt dann auch zu jenem Wirtschaftswachstum, das dafür sorgt, dass der Durchschnittslohn in Südkorea 145.000 Rubel [ca. 2.300 Euro] beträgt.

Und diese chronische Krankheit unseres Staates, deren Symptome an der Reaktion auf »Dimon« so gut erkennbar sind, führt dazu, dass es hier kein Wirtschaftswachstum gibt und nicht geben kann. Deswegen liegt der Durchschnittslohn bei 32.000 Rubeln.

Alle Wirtschaftsforen, Runden Tische, Erörterungen über das Rentenalter, die makroökonomische Politik und den Schlüsselzins der Zentralbank haben nicht die geringste Bedeutung, wenn der Ministerpräsident, dem unmittelbar Korruption mit schwerwiegenden Beweisen vorgeworfen wurde, die Möglichkeit hat, zu schweigen und sein Amt zu behalten. [...]

Alexej Nawalnyj am 9. März 2017 auf [navalny.com](https://navalny.com/p/5269/); <<https://navalny.com/p/5269/>>.

In einem europäischen Land würde es zum Rücktritt der Regierung führen

Ilja Schumanow, stellv. Geschäftsführer, Transparency International Russland (Moskau)

»Die juristische Argumentation ist der größte Schwachpunkt der Untersuchung der Stiftung für Korruptionsbekämpfung [russ. Abk.: FBK]. Ich habe bei dem, was Herr Medwedew getan hat, nichts Gesetzeswidriges erkennen können. Die Sache ist nämlich die, dass die Lücken in der russischen Gesetzgebung dazu führen, dass das gesamte in der Untersuchung aufgezählte Vermögen gesetzesgemäß registriert ist. Das heißt, wenn man es von den Buchstaben des Gesetzes her betrachtet, ist alles absolut legal. [...]

Die von der FBK haben eine gute, logische Untersuchung durchgeführt. Wenn der Ministerpräsident das Eigentum des stellvertretenden Vorsitzenden der Gazprom-Bank nutzt, mit dem er in der gleichen Jahrgangsstufe studiert hat, schafft das die Situation eines Interessenkonflikts. Das sind Anzeichen eines Korruptionstatbestandes, wofür eine bestimmte Verantwortung folgen sollte. Im Fazit der Untersuchung wird aber von einem Interessenkonflikt nicht geredet.

In einem europäischen Land würde solch eine Situation als Anlass für einen Rücktritt des Ministerpräsidenten und des Kabinetts dienen, in Russland ist das kaum wahrscheinlich.«

Ilja Schumanow am 2. März 2017 gegenüber »Meduza.io«; <<https://meduza.io/feature/2017/03/02/osobnyaki-vinogradniki-yahty-dmitriy-medvedev-narushil-zakon>>.

Doppeltes Recht

Maxim Trudolubow, Zeitung »Wedomosti« (Moskau)

»[...] Die Geschichte, die Alexej Nawalnyj in dem Film berichtet, bestätigt – neben anderem –, dass zwischen Medwedew und den dort gezeigten Objekten keine vermögentechnischen Beziehungen vorliegen. Das war natürlich genau so beabsichtigt. Natürlich tut man das, damit man eine Verbindung zwischen einem Staatsbeamten und seinen Vermögenswerten immer dementieren kann. Überhaupt wird in Russland viel dafür getan, dass man wesentliche Fakten abstreiten kann. Und in der Tat ist es ganz einfach, in Russland die Verbindung zwischen hochrangigen Personen und ihrem Eigentum zu leugnen. Die meisten Geschichten über Paläste und Yachten endeten damit, dass die Eigentümer und die Nutzer ganz verschiedene Leute sind.[...]

Das Fiktive des Eigentums wird weniger vom Nutzer benötigt, um sich zu verstecken, sondern vielmehr vom Herrscher, um es zu nutzen. Bedingter Besitz ist ein uraltes Herrschaftsinstrument. Die Bereitschaft des Kreml, im heutigen Russland darauf zurückzugreifen, hat zum Aufbau eines mehrschichtigen, zumindest aber zweistufigen Systems der Gewährleistung des Rechts auf Eigentum geführt. Über die ganze postsowjetische Geschichte hinweg waren alle in Russland tätigen Privatunternehmen im Ausland inkorporiert; alle Geschäfte und kommerziellen Streitfälle erfolgten nach Gesetzen anderer Länder. Die Träger russischen Eigentums standen und stehen – in ihrer Mehrheit – immer noch auf zwei Beinen: einem ungeschriebenen (als Privileg gewährten oder Gewohnheits-)Recht in Russland und auf dem gesetzlich verankerten Recht ausländischer Jurisdiktion. [...]

Maxim Trudoljubow am 5. März 2017 auf »Wedomosti«; <<http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2017/03/05/679972-rossiiskoe-dvuzakonie>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

3. – 16. März 2017

3.3.2017	Das Strafermittlungscommittee erlässt einen internationalen Haftbefehl gegen den ehemaligen Dumaabgeordneten Denis Woronenkow. Die Anklage lautet auf schweren Betrug. Woronenkow war gemeinsam mit seiner Familie im Dezember vergangenen Jahres in die Ukraine ausgereist und hatte die ukrainische Staatsbürgerschaft angenommen.
3.3.2017	Natalja Poklonskaja, Dumaabgeordnete und frühere Generalstaatsanwältin der Krim, berichtet in einem Fernsehinterview mit dem Sender Zargrad von Wundertränen auf der im vergangenen Jahr aufgestellten Büste von Nikolaus II. auf der Krim und deutet diese als göttliches Zeichen. Eine Kommission aus Geistlichen der Orthodoxen Kirche dementiert dies am 7. März 2017 nach einer Untersuchung der Büste.
4.3.2017	Präsident Wladimir Putin führt mit dem Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, ein Telefonat über die Lage in Syrien und den damit verbundenen Friedensverhandlungen in Genf und Astana.
5.3.2017	Sieben russische und ein ukrainischer Staatsbürger werden aus der Geiselhaft nigerianischer Piraten entlassen, nachdem die Reederei das Lösegeld gezahlt hatte. Die Seeleute waren Anfang Februar 2017 bei der Kaperung ihres Schiffes gefangen genommen worden.
6.3.2017	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass der Zeitsoldat Artjom Gorbunow am 2. März 2017 bei Kampfhandlungen im Großraum der syrischen Stadt Palmyra getötet worden ist.
6.3.2017	Gegen zwei ehemalige hohe Offiziere der Inlandsstreitkräfte (heute: Truppen der Nationalgarde) des Innenministeriums werden Strafverfahren eingeleitet. Dem ehemaligen Stellvertretenden Oberbefehlshaber der Inlandsstreitkräfte, Generalleutnant Wjatscheslaw Wartschuk, wird die Annahme von Bestechungsgeldern vorgeworfen. Er wird für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen. Dem ehemaligen Stellvertretenden Leiter der Finanzabteilung der Inlandsstreitkräfte, Oberst Alexandr Kostin, wird vorgeworfen, Bestechungsgelder in Höhe von 10 Millionen Rubel angenommen zu haben.
6.3.2017	Das Gebietsgericht Kurgan beschließt die Aufhebung des Urteils gegen Jewgenija Tschudnowez, die im November vergangenen Jahres zu einer sechsmonatigen Haftstrafe wegen Verbreitung kinderpornographischer Materials verurteilt worden war. Tschudnowez hatte in den sozialen Netzwerken ein Video geteilt, das die Misshandlung eines Kindes in einem Camp zeigt, um Aufmerksamkeit für diesen Fall zu erregen.
7.3.2017	Sicherheitsbeamte durchsuchen das Moskauer Museum »Zentrum Rericha« und beschlagnahmen eine Reihe von Exponaten, die dem Zentrum vom ehemaligen Leiter der »Masterbank«, Boris Bulotschnik, zwischen 1990 und 2010 gestiftet wurden. Dieser soll sie mit Mitteln gekauft haben, die er der Bank gestohlen hatte.
7.3.2017	Präsident Wladimir Putin begnadigt per Erlass Oksana Sewastidi, die im März vergangenen Jahres wegen Hochverrats zu sechs Jahren Haft verurteilt worden war. Sewastidi hatte während des Georgienkriegs zwei SMS an einen Bekannten in Georgien geschickt, die angeblich Informationen über geheime militärische Truppenbewegungen enthalten haben.
7.3.2017	Die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Olga Wasiljewa, bestätigt, dass der Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Technologie, Sergej Salichow, und drei seiner Stellvertreter im Dezember auf eigenen Wunsch entlassen worden sind. Die Entlassung soll im Zusammenhang mit Verstößen im Finanzbereich stehen.
8.3.2017	In Russland wird der Internationale Frauentag begangen. Zu diesem Anlass verabschiedet Ministerpräsident Dmitrij Medwedev eine nationale Strategie im Interesse der Frauen, mit der die Gleichstellung als Priorität der Regierungspolitik erklärt wird. Auf dem Roten Platz werden indes im Laufe einer feministischen Protestaktion gegen das Patriarchat vier Aktivistinnen und zwei Journalisten festgenommen.
8.3.2017	Der Direktor der Abteilung für Strategie, Analyse und Prognose des Bildungsministeriums, Grigorij Andruschak, tritt von seinem Posten auf eigenen Wunsch zurück.

9.3.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den Ministerpräsidenten Israels, Benjamin Netanjahu, zu Gesprächen in Moskau. Im Zentrum der Gespräche steht der Syrienkrieg und der Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat«. Netanjahu kritisiert in den Gesprächen die militärische Präsenz des Irans in Syrien.
9.3.2017	Außenminister Sigmar Gabriel führt bei seinem Antrittsbesuch in Moskau Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow und Präsident Wladimir Putin. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Konflikt in der Ostukraine und der Konflikt hinsichtlich der Truppenstationierungen und Rüstungsvorhaben der NATO und Russlands.
9.3.2017	Präsident Wladimir Putin entlässt zehn hochrangige Generäle des Innenministeriums, des Föderalen Strafvollzugsdienstes und des Strafermittlungskomitees.
10.3.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan in Moskau. Putin kündigt im Ergebnis der Gespräche an, die Lebensmittelsanktionen und Einreise- und Beschäftigungsverbote für türkische Staatsbürger zu beenden, die nach dem Abschuss einer russischen Militärmaschine durch das türkische Militär im November 2015 verhängt worden waren. Darüber hinaus besprechen die beiden Staatschefs außenpolitische Fragen, insbesondere die Lage in Syrien.
10.3.2017	Der Leiter von »Rosneft«, Igor Setschin, bestätigt, dass der Vizepräsident und Leiter des Sicherheitsdienstes von Rosneft, Oleg Feoktistow, am 7. März entlassen worden ist. Die Entlassung soll im Zusammenhang mit dem Korruptionsfall um den ehemaligen Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew stehen, für den Feoktistow unmittelbar zuständig gewesen sein soll.
11.3.2017	In Kasan fordern geschädigte Anleger der »Tatfondbank« und der »Intechbank«, denen vor kurzem die Lizenz entzogen wurde, den Rücktritt des Präsidenten Tartastans, Rustam Minnichanow, und den Ministerpräsidenten Ildar Chalikow zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen.
11.3.2017	In Toljatti protestieren rund 700 Personen gegen Kürzungen von Vergünstigungen für Veteranen sowie weitere Sozialkürzungen. Die Demonstrierenden fordern zudem den Rücktritt des Gouverneurs der Region und die Nichtverlängerung der Amtszeit des Leiters der Stadtverwaltung, Sergej Andrejew, die im März ausläuft.
11.3.2017	Nach einer anonymen Bombendrohung werden aus einem Kino im Moskauer Zentrum mehr als tausend Personen evakuiert.
12.3.2017	Der Fernsehsender »Perwyj Kanal« (»Erster Kanal«) gibt bekannt, dass Russland im Mai beim 62. »Eurovision Song Contest« in Kiew durch Julija Samojlowa mit dem Titel »Flame is Burning« vertreten werden soll. Der Sicherheitsdienst der Ukraine überprüft, ob die Krimreise der Sängerin im Juni 2015 ukrainischen Bestimmungen widersprochen hat. Falls festgestellt wird, dass die Reise illegal war, zieht dies eine mehrjährige Einreisesperre nach sich und würde somit die Teilnahme am Songcontest verhindern.
13.3.2017	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin empfängt seinen Berliner Amtskollegen Michael Müller in Moskau. Zur Feier des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Moskau und Berlin unterzeichnen sie ein Memorandum über Freundschaft und Zusammenarbeit. Auf Initiative der Friedrich-Ebert-Stiftung ist am Ende von Müllers Aufenthalt auch ein Treffen mit Repräsentanten der russischen Opposition geplant.
13.3.2017	Die Europäische Union verlängert die gegen 150 russische Bürger und 37 russische Unternehmen gerichteten Wirtschaftssanktionen wegen ihrer Rolle im Ukraine-Konflikt bis zum 15. September 2017.
13.3.2017	Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) sperrt lebenslang den ehemaligen stellvertretenden Direktor des Allrussischen wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Sport (VNIIFK), Sergej Portugalow, als medizinischen Hauptverantwortlichen des Dopingprogramms in der russischen Leichtathletik. Ihm wird unter anderem der Besitz und die Verabreichung verbotener Mittel und die Vertuschung positiver Dopingtests von Athleten vorgeworfen.
14.3.2017	Präsident Wladimir Putin ordnet an, den Regierungsvorschlag anzunehmen, der vorsieht, einzelne Armeeeinheiten des international nicht anerkannten Staates Südossetien in die russische Armee einzugliedern, und ein entsprechendes Abkommen zu unterzeichnen.

14.3.2017	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet unter Berufung auf amerikanische und ägyptische diplomatische Quellen über Hinweise, denen zufolge Russland Spezialkräfte zur Luftwaffenbasis in Sidi Barrani in Nordwestägypten an der Grenze zu Libyen verlegt haben soll. Der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, weist die Meldung als falsch zurück.
15.3.2017	Das US-amerikanische Justizministerium erhebt Anklage gegen Dmitrij Dokutschajew und Igor Suschtschin, zwei Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB), sowie gegen zwei gesuchte Computerhacker wegen einer mutmaßlichen Beteiligung an dem Hackerangriff auf den Internetanbieter »Yahoo« im Jahr 2014. Bei dem Angriff wurde ein Zugriff auf Daten von 500 Millionen E-Mail-Konten erlangt. Laut der Stellvertretenden Justizministerin der USA, Mary McCord, hätten der Angriff der Hacker auf Diplomaten und Militärangehörige abgezielt.
15.3.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den Präsidenten Armeniens, Sersch Sargsjan, zu Gesprächen in Moskau. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Friedensprozess im Bergkarabach-Konflikt und die ökonomische Zusammenarbeit der beiden Länder.
16.3.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Horst Seehofer (CSU), der sich im Rahmen einer Besuchsreise in Moskau aufhält, zu einem Gespräch.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

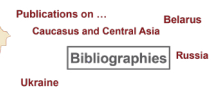
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>